



Erfolg für jahrelangen GEW-Einsatz

Zwangsteilzeit für pädagogische und therapeutische Fachkräfte an Förderschulen wird abgeschafft

Die Deckelung der Arbeitszeit auf 80 Prozent für im Landesdienst beschäftigte pädagogische Fachkräfte sowie Therapeut*innen mit Arbeitsplatz in multiprofessionellen Teams einer Förderschule und in inklusiven Schulklassen führt seit 16 Jahren zunehmend zu einem unauflösbaren Dilemma. Einerseits nimmt der Arbeitgeber billigend unbezahlte Mehrarbeit in Kauf, was zur Folge hat, dass berufserfahrene, bestens qualifizierte Fachkräfte im Rahmen der vergüteten Arbeitszeit nur ein Minimum aller an ein multiprofessionelles Team gerichteten Aufgaben erfüllen können. Andererseits sind bis heute weit über 1.000 landesbeschäftigte Fachkräfte aufgrund dieser Verträge mehr oder minder von Altersarmut bedroht.

Eine sozialromantische Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmer*in und Arbeitgeber, die auf Absicherung über den Partner ohne nennenswerten eigenen Rentenanspruch basiert oder trotz Zweitjob und langjähriger Beschäftigung mit

einem unzureichenden Rentenanspruch endet, lehnen die GEW und die Betroffenen ab.

Das Land Niedersachsen als Arbeitgeber ist aufgerufen, diesen prekären Umstand umgehend zu beenden. Minister Tonne und mit ihm die Landesregierung stehen heute gegenüber der GEW und allen seit 16 Jahren Betroffenen sowie den Kolleg*innen, die zukünftig im Landesdienst beschäftigt werden, im Wort. Verantwortung übernehmen müssen darüber hinaus alle Parteien, die seit 16 Jahren die Regierung gestellt haben. Das richtet sich insbesondere an ehemalige Kultusminister der CDU, zuletzt Herrn Dr. Althusmann. Als aktives Mitglied der Landesregierung fordert die GEW ihn auf, sich dafür einzusetzen, dass dieser unhaltbare Umstand beendet wird.

Schluss mit der Altersarmut!

Als Nebeneffekt der Deckelung von Arbeitsverhältnissen auf 80 Prozent sind seit 16 Jahren beträchtliche

Haushaltsmittel auf Kosten der Beschäftigten „eingespart“ worden. Wofür diese Gelder verwendet wurden, ist nicht bekannt. Allerdings sehen sich alle von diesen Verträgen Betroffenen nach wie vor genötigt, sich entweder durch ihre Partner*in und/oder einen berufsfremden Job absichern zu müssen.

Wie in allen Berufsfeldern der Sozialen Arbeit und der Gesundheits- und Pflegeberufe trifft das in erster Linie Frauen besonders hart. Schlimm genug, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse vielerorts der Normalfall sind. Besonders brisant ist der Umstand, dass für diese prekären Arbeitsverhältnisse und in der Folge für drohende Altersarmut das Land Niedersachsen als Arbeitgeber verantwortlich ist. Das gilt auch im Falle unzureichender Absicherungen, wie oben beschrieben.

Die GEW Niedersachsen, die betroffenen Landesbeschäftigten und ihre solidarischen Kolleg*innen in

multiprofessionellen Teams nehmen das nicht länger hin. Das wurde im Rahmen der GEW-Großdemo am 13. September 2018 und durch die inzwischen landesweit über 800 Anträge auf Vollzeit, die Beschäftigte bei den Landesschulbehörden gestellt haben, unmissverständlich zum Ausdruck gebracht.

Keine unbezahlte Mehrarbeit!

Die vom Arbeitgeber bis heute erwarteten und auf Basis des Berufsethos erforderlichen Arbeitsinhalte sind ohne eine entsprechend ausgestaltete, verbindliche Arbeitszeitregelung ausschließlich durch unbezahlte Mehrarbeit leistbar. Um das zu ändern, wurde das Kultusministerium seit etlichen Jahren immer wieder damit beauftragt, einen Erlass zu erarbeiten, worin die Anteile von unmittelbarer (Therapie und Pädagogik) und mittelbarer Arbeit (alle weiteren Aufgaben und Tätigkeiten im Rahmen der Profession und des multiprofessionellen Teams) geregelt werden sollen. Dieser Erlass ist längst fertig. Er liegt seit geraumer Zeit vor! Unverständlicherweise hat bis heute keiner der zwischenzeitlich amtierenden Kultusminister diesen Erlass unterschrieben. Gemeinsam fordern GEW und die Betroffenen Kultusminister Tonne auf, den vorliegenden Erlass jetzt in Kraft zu setzen.

Schluss mit zu wenig Personal!

Der Zuweisungserlass (dieser bestimmt die Stundenanteile für Pädagogische Fachkräfte und die Therapeut*innen pro Klasse – aktuell 46 Stunden, davon zehn Stunden Therapie) ist auf 80-Prozent-Stellen ausgerichtet und muss an die ab 2019 zu erwartenden Vollzeitverträge angepasst werden, damit den Schulen kein Nachteil bezüglich der Personalzuweisung entstehen kann. Das gilt insbesondere auch für ein seit über 20 Jahren angewendetes sogenanntes „entweder-oder-Verfahren“, demzufolge auf einer neu geschaffenen Stelle entweder eine pädagogische Fachkraft oder eine Therapeut*in eingestellt wird. Die Entscheidung wiederum, welche der Professionen zum Nachteil der jeweils anderen den Zuschlag erhalten soll, wird der Schule zugeschoben, die in der Folge für den Mangel mitverantwortlich wird. Zu allem Überfluss kommt noch hinzu, dass für jede neu zu besetzende Stelle entsprechend Lehrerstellen umgewandelt werden müssen. Es fehlt an

einem eigenen Etat. Dass dies keine Grundlage für eine verlässliche Personalplanung bildet, sollte wohl einleuchten und bedarf ebenfalls einer Änderung.

Die GEW fordert den Kultusminister Tonne auf, Versäumnisse der zurückliegenden Jahrzehnte zu beheben. Die landesweite Erfassung der bereits zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen sowie die Feststellung des aktuellen beziehungsweise zukünftigen Bedarfs an pädagogischen Fachkräften und Therapeut*innen in Vollzeit ist für die bedarfsgerechte Personalplanung zeitnah zu regeln.

Aufgabenbeschreibung nötig

Es ist nur schwer vorstellbar, doch gibt es bis heute keine Arbeitsplatz- und keine qualitative Beschreibung der Aufgaben für das multiprofessionelle Team an Förderschulen und an inklusiven Schulen. Zur Vereinheitlichung von Arbeitsbedingungen, die an allen Schulen gelten sollen, werden im Frühjahr 2019 Schulleitungen, Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte und Therapeut*innen Vorschläge erarbeiten und dem Ministerium als Eckpunktepapier zur Verfügung stellen.

Die GEW erwartet von Kultusminister Tonne, dass dieser seinem Ministerium den Auftrag erteilt, ein Konzept für die Arbeit in multiprofessionellen Teams zu erarbeiten. Als Vorlage für die Art und Weise ist die Konzeptentwicklung für soziale Arbeit in schulischer Verantwortung (Schulsozialarbeit) heranzuziehen.

Schluss mit Vertröstungen!

Minister Tonne hat in Pressemitteilungen und Veranstaltungen das Ende der Zwangsteilzeit für pädagogische Fachkräfte und Therapeut*innen an Förderschulen angekündigt. Dafür sind zunächst Finanzmittel im Umfang von 80 Vollzeiteneinheiten in den aktuellen Haushalt eingestellt worden. Das reicht nicht! Es wird ein mehr als doppelt so hoher Betrag für die aktuell mehr als 800 vorliegenden Anträge auf Vollzeit benötigt. Für die GEW ist und bleibt die Aussage des Ministers verbindlich, dass allen, die einen Vollzeitvertrag beantragen, dieser auch angeboten wird.

Die GEW ist davon überzeugt, dass an Förderschulen, an allgemeinen Schulen und in der Inklusion auf der Grundlage von Vollzeitverträgen und nach erfolgter Umsetzung der oben

genannten Bedingungen endlich ein neues Kapitel für die Entwicklung qualitativ hochwertiger, partnerschaftlicher Arbeit in multiprofessionellen Teams aufgeschlagen werden kann. Denn der Faktor, den alle Berufsgruppen in der GEW als eine der unabdingbaren Grundvoraussetzungen verstehen, ist die Ressource Zeit. Mit Blick auf die Ergebnisse der Arbeitszeitstudie der GEW fehlen allerdings auch in diesem Kontext Signale für die zeitnahe Anpassung von Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen von Lehrkräften – auch für die Arbeit im multiprofessionellen Team. Die eindeutige Zuordnung der Anteile für unmittelbare und mittelbare Arbeit beinhalten wesentliche Rahmenbedingungen, die allen Kolleg*innen im multiprofessionellen Team zur Verfügung stehen müssen.

Wenn 2019 sämtliche zuvor genannten Bedingungen umgesetzt werden, ist es nicht auszuschließen, dass sich zukünftig wieder mehr Erzieher*innen, Heilpädagog*innen, Kindheitspädagog*innen, Heilerziehungspfleger*innen, Motopäd*innen, Ergotherapeut*innen, Physiotherapeut*innen und Logopäd*innen für die Arbeit im multiprofessionellen Team einer Schule entscheiden werden. Ob dann möglicherweise noch mehr Fachkräfte in frühkindlichen Arbeitsfeldern fehlen, hat damit nichts zu tun. Vielmehr hängt dieser Umstand in erster Linie von attraktiven Rahmenbedingungen in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und Erziehung ab. Ohne ein baldiges Nachsteuern beim Fachkraft-Kind-Schlüssel in Kindertagesstätten, um nur einen wesentlichen Aspekt zu nennen, wird sich auch hier der Fachkräftemangel nicht beheben lassen. (siehe auch: http://buendnis-fuer-kinder-nds.de/fileadmin/Kita-Buendnis_Offener_Brief_Dequalifizierung_12-2018.pdf)

Es gibt also noch viel zu tun! Die Abschaffung der Zwangsteilzeit ist für die GEW und für alle aktuell noch betroffenen Kolleg*innen ein wichtiges, längst überfälliges Signal und ein erster Schritt hin zu besseren Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz Schule.

Olaf Korek
Björn Steinmeyer